

A photograph of police officers in riot gear at night. The officers are wearing helmets with clear visors and dark jackets. One officer's jacket has the word "POLIZEI" visible. The background is dark with some blurred lights.

**Für ein sicheres
Silvesterfest –**

**Pyroexzesse vermeiden –
privates Feuerwerk
ermöglichen – Bürger und
Einsatzkräfte schützen**

**Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
4. Juli 2025**

CDU FRAKTION
BERLIN

Für ein sicheres Silvesterfest – Pyroexzesse vermeiden – privates Feuerwerk ermöglichen – Bürger und Einsatzkräfte schützen

Die Berliner Silvesternächte der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es entschlossenes staatliches Handeln braucht, um Sicherheit, Ordnung und ein friedliches Miteinander in unserer Stadt zu gewährleisten. Nach den dramatischen Ausschreitungen zum Jahreswechsel 2022/2023, bei denen Einsatzkräfte massiv angegriffen wurden, konnten durch umfassende Maßnahmen in der vergangenen Silvesternacht, die Angriffe auf Einsatzkräfte von 125 in 22/23 auf 59 mehr als halbiert werden. Insbesondere die Einrichtung von Pyroverbotszonen, verstärkte Polizeipräsenz sowie intensive Präventionsarbeit haben dazu beigetragen, die Lage spürbar zu stabilisieren und die Zahl der Angriffe erheblich zu reduzieren.

Doch das Erreichte darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin ein erheblicher Handlungsbedarf besteht: Gewalt gegen Einsatzkräfte, der massenhafte Einsatz illegaler Pyrotechnik sowie eine zunehmende Empathielosigkeit und Rücksichtslosigkeit im öffentlichen Raum stellen eine ernstzunehmende Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat dar.

Ziel ist es daher, bewährte Maßnahmen fortzuentwickeln, neue Instrumente zu schaffen und bestehende Strukturen zu stärken. Die nachfolgenden Maßnahmen sollen zum einen die Sicherheit der Berliner gewährleisten und zum anderen ein friedliches Silvesterfest im gesamten Stadtgebiet ermöglichen:

- die sich bewährten Pyroverbotszonen in wesentlich größere Pyroverbotsbereiche auszudehnen und durch Raumschutzkräfte der Polizei abzusichern.
- sich auf Bundesebene fortwährend dafür einzusetzen, den Zufluss von illegaler Pyrotechnik durch ganzjährige Grenzkontrollen zu unterbinden.
- den Unterbindungsgewahrsam konsequent anzuwenden und die technischen Voraussetzungen zu schaffen, die Identitätsfeststellung- und Dokumentation mobil vor Ort durch digitale Kommunikationssysteme vorzunehmen.

- flächendeckende Gewerbekontrollen der Polizei in Kooperation mit den Bezirksämtern und dem Zoll sowie gemeinsame Verbundeinsätze zur Einhaltung der geltenden Regelungen zum Sprengstoffgesetz durchzuführen.
- zur beweissicheren Festnahme und Strafverfolgung vermehrt Tatbeobachter (TaBos) einzusetzen, um Straftaten effektiv zu dokumentieren.
- durch den Einsatz einer App (Katwarn oder Nina) die Bevölkerung gezielt und frühzeitig über außergewöhnliche Großschadensereignisse (siehe Wasserrohrbruch Silvester 2024/2025) zu informieren.
- während der Silvesternacht und am Neujahrstag lageabhängig zu prüfen, inwieweit Versammlungen, die eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und eine Störung des öffentlichen Friedens darstellen sowie eine Überbeanspruchung der Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen zur Folge haben, verboten oder ggf. eingeschränkt werden können.
- die überaus erfolgreichen Präventionsmaßnahmen, wie die kiezorientierte Jugendsozialarbeit der Polizei und der Feuerwehr, weiter auszubauen und zu fördern.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine Novellierung des Waffengesetzes (WaffG) anzustreben, sodass für den Erwerb einer sogenannten PTB-Waffe (z.B. Schreckschusspistole) ein Sachkundenachweis erworben werden muss.
- im Austausch mit den Bezirken privat organisierte und professionell durchgeführte Feuerwerke an geeigneten Orten zu ermöglichen.

Bewährte Einsatzkonzepte sollen weiterentwickelt und ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang haben die innerhalb der besonders stark von Pyroexzessen betroffenen Gebiete eingerichteten Pyroverbotszonen in der Vergangenheit in erheblichem Maß dazu beigetragen, die Lage unter Kontrolle zu bringen und vollständig zu befrieden. Wir schlagen deshalb vor, die Pyroverbotszonen räumlich auszudehnen auf wesentlich größere Pyroverbotsbereiche und durch geeignete Abspermaßnahmen sichtbar zu machen Sie sollen umzäunt und durch Raumschutzkräfte der Polizei abgesichert werden. Die Pyro-

verbotsbereiche decken dabei die räumlichen Schwerpunkte der letztjährigen Pyroexzesse ab. Das umfassende Pyroverbot erleichtert die Überwachung durch die Polizei, da nicht zwischen legalem und illegalem Feuerwerk unterschieden werden muss.

Der illegalen Einfuhr und dem illegalen Handel mit verbotener Pyrotechnik ist durch ganzjährige Grenzkontrollen und verstärkte kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit zu begegnen.

Der Unterbindungsgewahrsam, den die Koalition aus CDU und SPD gesetzlich ausgeweitet hat, muss zukünftig konsequent genutzt werden, um Gefahren in der Silvesternacht abzuwehren. Wer illegale Pyrotechnik einsetzt oder mit legaler Pyrotechnik Menschen oder fremdes Eigentum gefährdet, muss die Silvesternacht im Gewahrsam verbringen und darf nicht wieder sofort entlassen werden. Es sind die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Einsatzkräfte der Polizei zur Durchführung der notwendigen Feststellungen nicht den Einsatzort verlassen müssen, sondern die Überprüfungen mobil vor Ort durch geeignete digitale Kommunikationssysteme vornehmen und sodann in den Einsatz zurückkehren können.

Durch im Verbund umgesetzte Gewerbekontrollen können illegale Pyro-Vertriebsnetzwerke zerschlagen und Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz strafrechtlich geahndet werden. Weiterhin hat die angekündigte und sichtbare Kontrolle präventiven Charakter und ermöglicht eine Bündelung der Kompetenzen.

Sogenannte Tatbeobachter (TaBos), nichtuniformierte Dienstkräfte der Berliner Polizei, können durch das Tragen von Zivilkleidung unbemerkt agieren und Tätergruppen somit leichter identifizieren und belastbares Dokumentations- und Beweismaterial an die Einsatzkräfte weitergeben. Auf diese Weise unterstützen sie eine zügige Strafverfolgung. Die Verfahren sind mit der Justiz abzustimmen.

Die Überlastung der Feuerwehr-Leitstelle muss durch den Einsatz einer Warn-App zukünftig vermieden werden. Die Informationsarbeit kann dadurch verbessert werden.

Versammlungen am Silvester- und Neujahrstag sind – soweit verfassungsrechtlich möglich – weitestgehend zu vermeiden, um die Personalressourcen von Polizei und Rettungsdienst zu schonen.

Präventionsmaßnahmen der Berliner Polizei und Feuerwehr, etwa der gezielte Besuch von Schulen und Jugendeinrichtungen und die Etablierung von Kiezbeauftragten, sensibilisieren für einen verantwortungsvollen Umgang mit Feuerwerkskörpern und fördern den respektvollen Umgang untereinander und gegenüber den Einsatzkräften.

Ein verpflichtender Sachkundenachweis für den Besitz und das Führen von ATB-Waffen (Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen) könnte maßgeblich zur Eindämmung von Gewalt und Missbrauch beitragen. Bislang gilt als Voraussetzung für das Führen solcher Waffen in der Öffentlichkeit die Absolvierung des kleinen Waffenscheins und damit nur eine Zuverlässigkeits- und Sicherheitsprüfung. Das Ablegen eines Sachkundenachweises hat allerdings eine abschreckende Wirkung, indem die Anforderungen erhöht werden. Bislang ist selbst der kleine Waffenschein noch relativ unkompliziert erhältlich. Der Sachkundenachweis führt auch zu einer gesteigerten Aufklärung und trägt zu einem sachgemäßen Umgang bei.

Private professionell organisierte Feuerwerke, wie jenes am Brandenburger Tor in der Silvesternacht 2024/2025, sollten durch die Bezirke an geeigneten Orten ermöglicht werden. Die Verlegung der Pyronale auf die Silvesternacht wäre ebenso als eine Möglichkeit zu prüfen. Durch die Bereitstellung derartiger Angebote ließe sich eine Reduktion von privatem Feuerwerk und den damit verbundenen Gefahren erreichen.

Die Pyroexzesse einer Minderheit haben die berechtigte Freude der allermeisten Berliner am Silvesterfest getrübt. Die Anwendung und Durchsetzung der beschriebenen Maßnahmen führen zu einem verantwortungsvollen und sicheren Umgang mit Pyrotechnik. Sie tragen somit auch zu einer Reduktion der verbrauchten Menge an Feuerwerkskörpern bei. Auf diese Weise ist ein friedliches und sicheres Silvesterfest 2025/2026 möglich.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de